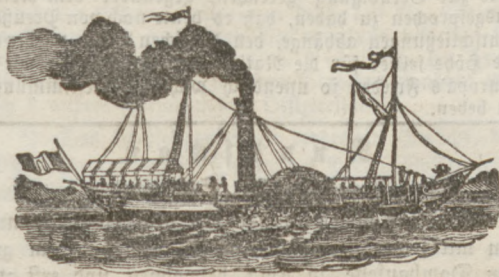


Danziger Dampfboot.

N^o. 223.

Donnerstag, den 24. September.



1863.

34ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portchaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hefige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen. Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Metemeyer's Centr.-Bisg.- u. Annonc.-Bür. In Leipzig: Illgen & Fort. In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Bureau. In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Die verehrten Abonnenten des **Danziger Dampfboots** werden gebeten, ihre Bestellungen auf dasselbe für das Vierte Quartal 1863 rechtzeitig erneuern zu wollen. Der Abonnementspreis beträgt hier in der Expedition, wie auswärts bei jeder Königl. Postanstalt pro Quartal **1 Thlr.** Zugleich erlauben wir uns, die Freunde und Gönner dieser Zeitung zu bitten, in ihren Kreisen die Aufmerksamkeit auf das **Danziger Dampfboot**, welches **entschieden liberale Principien vertritt, vollständig unabhängig ist und von keiner politischen Partei subventionirt wird**, freundlichst lenken und demselben zu seiner noch weiteren Verbreitung förderlich sein zu wollen.

Die Redaction.

Telegraphische Depeschen.

Frankfurt a. M., 23. September.

„Europe“ wiederholt dem „Memorial diplomatique“ gegenüber, daß Erzherzog Maximilian die bekannte Abstimmung der Notabeln Mexikos für unzureichend halte und den Mexikanischen Thron nur unter der Bedingung einer neuen umfassenderen Manifestation des Volkswillens annehmen werde; er werde auch in diesem Sinne der Mexikanischen Deputation Antwort ertheilen.

Auf den Antrag des Domkapitulars Heinrich aus Mainz beschloß der Katholikerkongreß in seiner heutigen Sitzung die Gründung eines Unterstützungsvereins für junge katholische Gelehrte und Literaten.

Wien, Mittwoch 23. September.

Die „Wiener Abendpost“ veröffentlicht die Antwort-Depesche des Fürsten Gortschakoff an den Staatsrath v. Knorring in Wien.

Dasselbe Blatt bezeichnet die Nachricht des „Memorial diplomatique“ von Verhandlungen in Betreff einer beabsichtigten Verlobung des Erzherzogs Ludwig Victor von Oesterreich mit der Prinzessin Isabella Christine von Brasilien als jeder Begründung entbehrend.

Kopenhagen, Dienstag 21. September.

Für Schleswig sind ferner vier provisorische Verordnungen erlassen worden, darunter eine über Ablösung der Hofdienste auf adligen Gütern und auf Klosterbesitzungen.

London, Mittwoch 23. September.

Die „Morningpost“ warnt Deutschland vor einer Bundesexekution in Posen. England könne trotz seiner Friedensliebe einem solchen Versuche zur Erbrückung Dänemarks nicht gleichgültig zusehen.

New York, Sonnabend 12. September.

Die militärische Controlle über den Handel zwischen New Orleans und dem oberen Mississippi, Missouri und Ohio, ist für aufgehoben erklärt.

Die österreichische Denkschrift über die Bundesreform.

Die „Zeitung für Norddeutschland“ ist in den Stand gesetzt, die Denkschrift, welche der Kaiser von Oesterreich dem Könige von Preußen bei der Zusammenkunft in Gastein überreichte, zu veröffentlichen. Dieselbe lautet:

1. Je unsicherer sich die Lage Europa's gestaltet hat, desto unabweislicher tritt an die deutschen Fürsten die Aufgabe heran, Angesichts der inneren und äußeren Gefahren, welche Deutschland bedrohen, sich rechtzeitig einer haltbaren Stellung zu versichern.

Eine solche Stellung kann unter den Verhältnissen, die sich in den letzten Jahren ausgebildet haben, augenscheinlich nicht mehr einfach auf die bestehende Bundesverfassung gegründet werden. Seit lange sind die Bundesverträge von 1815 und 1820 in ihren Fundamenten erschüttert. Eine Reihe zusammenwirkender Thatsachen hat das Gebäude dieser Verträge allmählich immer tiefer untergraben.

Der ganze Gang der inneren Entwicklung Deutschlands während des letzten Jahrzehntes hat auf die Insti-

tution des Bundes in ihrer bisherigen Gestalt so ungünstig als möglich eingewirkt.

Theils hat die Unfruchtbarkeit aller Bemühungen, durch den Bund die gemeinsamen deutschen Interessen zu fördern, den Bund in der allgemeinen Meinung entwertet, theils haben die Bedingungen, unter welchen die Bundesverträge geschlossen wurden, durch die politischen Ereignisse der Neuzeit folgenreiche Veränderungen erfahren. In Oesterreich wie in Preußen sind neue Staatseinrichtungen geschaffen worden, — Einrichtungen, welche auf das Verhältnis beider Monarchien zum Bunde einen mächtigen Einfluß ausüben müssen, bis jetzt aber noch jeder Vermittelung und jedes regelmäßigen Zusammenhanges mit dem Organismus des Bundes entbehren. Auch alle anderen deutschen Regierungen haben wiederholt und feierlich das Bedürfnis einer gründlichen Neugestaltung der Bundesverfassung anerkannt. So hat sich denn in Deutschland unaufhaltsam ein fortschreitender Proceß der Abwendung von dem bestehenden Bunde vollzogen, ein neuer Bund aber ist bis heute nicht geschlossen, und das Facit der neuesten deutschen Geschichte ist somit zur Stunde nichts als ein Zustand vollständiger Zerklüftung und allgemeiner Zerfahrenheit. Man denkt in der That nicht zu nachtheilig von diesem Zustande, wenn man sich eingesteht, daß die deutschen Regierungen im Grunde schon jetzt nicht mehr in einem festen gegenwärtigen Vertragsverhältnisse zusammenstehen, sondern nur noch bis auf weiteres im Vorgefühle naher Katastrophen neben einander fortleben.

Die deutsche Revolution aber, im Stillen geführt, wartet auf ihre Stunde.

Diese Wahrheiten, beklagenswerth wie sie sind, würden doppelt gefährlich sein, wenn man die Augen vor ihnen verschließen oder sich ihnen wie einem unabänderlichen Verhängnisse ohne einen entschlossenen Versuch der Abhilfe unterwerfen wollte.

Weise Regierungen werden allerdings nicht freiwillig einen Augenblick der Gefahr und Krisis wählen, um an den Resten einer zwar wankend gewordenen, aber noch nicht durch neue und vollkommene Schöpfungen ersetzten Rechtsordnung zu rütteln. Aber fast wie Ironie müßte es klingen, wollte man diesen an sich richtigen Satz auf den Status quo der deutschen Bundesverhältnisse anwenden. Dieser Status quo ist schlechthin chaotisch. Der Boden der Bundesverträge schwankt unter den Füßen dessen, der sich auf ihn stellt, der Bau der verfassungsmäßigen Ordnung der Dinge in Deutschland zeigt überall Risse und Spalten, und der bloße Wunsch, daß die morschen Wände den nächsten Sturm noch aushalten mögen, kann ihnen die dazu nöthige Festigkeit nimmermehr zurückgeben.

Weder Oesterreich, noch Preußen, noch die übrigen deutschen Staaten können sich mit irgend einem Grade von Vertrauen auf den Bund in seinem jetzigen Zustande stützen. Je deutlicher sie dies erkennen, desto weniger dürfen sie an der vollen Berechtigung des Verlangens nach einer Reform, durch welche das Bundesprincip mit neuer Lebenskraft erfüllt würde, zweifeln.

Prüfe man nur mit Unbefangenheit die Stimmen, welche in unseren Tagen diesen Ruf erheben! Sie ertönen heute nicht mehr aus dem Lager der destruktiven Parteien! Dort wird im Gegentheil jede Hoffnung auf eine gefühlte Reform der deutschen Bundesverfassung verschmäht und verspottet, denn der Radikalismus weiß, daß seine Ernte auf dem durch keine heilsamere Saat befruchteten Felde reift. Die deutschen Regierungen selbst sind es heute, welche ihr Heil in der Reorganisation des Bundes erblicken. In den Kammern sind es die gemäßigten Parteien, welche zu diesem Ziele mit Ungeduld hindrängen, — mit Ungeduld, weil sie fühlen, daß, je länger die Reform hinausgeschoben wird, um so weitergehende Forderungen sich hervorwagen und im Volksgeiste Unterstützung finden werden. Es ist der Trieb der Selbst-

erhaltung, welcher den Regierungen und den Kammern diese Richtung zeigt. — Oesterreich und Preußen aber sollten nicht bloß um ihrer deutschen Verbündeten willen einem so gerechten Verlangen entgegenkommen, sondern auch im eignen Interesse sich daran erinnern, daß sie es sich selbst und der Welt schuldig sind, die größten Anstrengungen und Opfer nicht zu scheuen, um den Bund, der das Centrum Europa's bildet, in lebensfähigem Zustande zu erhalten.

Was Oesterreich betrifft, so ist es sich über diesen Punkt vollkommen klar geworden. Die kaiserliche Regierung ist mit festem Willen, wenn auch mit jener äußersten Vorsicht, die ihren Grundfäden und Traditionen entspricht, an die Frage der Ausbildung der Bundesverfassung und besonders an die schwierige Aufgabe, die gesetzgebende Gewalt des Bundes zu organisiren, herangetreten. Sie hat den folgenreichen Schritt, die Vertretungen der Einzelstaaten zur Theilnahme an den Bundesangelegenheiten zu berufen, zunächst nur in der Form einer vorübergehenden Maßregel, eines erst durch die Erfahrung zu bewährenden Versuchs in Vorschlag gebracht. Erst die Ablehnung ihres Antrages auf eine Delegirtenversammlung ad hoc hat sie genöthigt, um so entschiedener ihre Mitwirkung zu einer organischen Reform in Aussicht zu stellen.

Seitdem ist Oesterreichs Wort für ein ernstes Streben nach diesem Ziele versandt, und der Kaiser fühlt sich gedrängt, dieses Versprechen einzulösen. Der Kaiser hat dem eignen Reiche zeitgemäße Institutionen verliehen. Er erkennt vollkommen an, daß auch die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit mit Recht eine Neugestaltung ihrer politischen Verfassung erwartet, und er hält es als Pflicht des Bundes für Pflicht, seinen Mitfürsten offen darzulegen, was er in dieser Beziehung für möglich hält und für seinen Theil zu gewähren bereit ist.

II. Oesterreichs Reorganisationsvorschläge können nur auf dem mit voller Klarheit und Entschiedenheit festgehaltenen Föderativ-Princip beruhen.

Manches hat sich in Europa seit 1815 verändert, aber heute, wie damals, bietet die durch die Auflösung des deutschen Reiches zur Nothwendigkeit gewordene, durch die europäischen Verträge sanctionirte Bestimmung, daß die deutschen Staaten unabhängig und durch eine Föderativband vereinigt sein werden, die einzig mögliche Grundlage für die politische Verfassung Deutschlands dar.

Man kann dieser Wahrheit nicht direct oder indirect entgegenhandeln, ohne den festen Boden der Wirklichkeit zu verlieren. Man kann nicht von idealen Forderungen oder von Doctrinen, die einem specifischen Interesse künstlich angepaßt sind, den Maßstab für das Reformwerk entnehmen, ohne die Gegenwart einer ungewissen und von den augenscheinlichsten Gefahren umringten Zukunft zu opfern. Eine dem Bundesprincip entgegenge setzte Richtung kann man in Deutschlands gemeinsamen Angelegenheiten nicht einschlagen, ohne bei jedem Schritte auf Warnungszeichen zu stoßen und am Ende des Weges an einem Abgrunde anzukommen.

Monarchische Staaten, zwei Großmächte unter ihnen, bilden den deutschen Staatenverein. Einrichtungen, wie eine einheitliche Spitze oder ein aus directen Volkswahlen hervorgehendes Parlament, passen nicht für diesen Verein; sie widerstreben seiner Natur, und wer sie verlangt, will nur dem Namen nach den Bund oder das, was man den Bundesstaat genannt hat, in Wahrheit will er das allmähliche Erlöschen der Lebenskraft der Einzelstaaten, er will einen Zustand des Ueberganges zu einer künftigen Union, er will die Spaltung Deutschlands, ohne welcher dieser Uebergang sich nicht vollziehen kann. Solche Einrichtungen wird Oesterreich nicht vorschlagen. Wohl aber hält es den Augenblick für gekommen, wo die Sorge für das Wohl Deutschlands gebieterisch verlangt, daß die Grundlagen, auf welchen der Bund ursprünglich errichtet wurde, verstärkt und das Föderativ-

Prinzip gegenüber der schon dem Begriffe nach durch dasselbe beschränkten Souveränität der Einzelstaaten mit erhöhter Kraft und Wirksamkeit ausgestattet werde.

Der deutsche Bund ist als ein Bund der Fürsten geschlossen, er ist aber auch ausdrücklich als das an die Stelle des vormaligen Reiches getretene Nationalband der Deutschen anerkannt, und er wird sich künftig, um den Bedürfnissen unserer Epoche zu entsprechen, mit Nothwendigkeit schon durch den Charakter seiner Verfassungsformen der Welt als ein Bund der deutschen Staaten als solcher, der Fürsten wie der Völker, darstellen. Der Kaiser erblickt daher in der Kräftigung der Executivgewalt des Bundes und in der Verfassung der constitutionellen Körperschaften der Einzelstaaten zur Theilnahme an der Bundesgesetzgebung zwei in gleichem Grade unabweisbare und sich zugleich gegenseitig bedingende Aufgaben.

Dieser Ueberzeugung hat die Regierung des Kaisers schon durch die Note an den Grafen v. Bernstorff vom 2. Februar 1862, dann wieder durch die oben erwähnte Erklärung in der Bundestagsitzung vom 22. Januar des gegenwärtigen Jahres Ausdruck verliehen. Die Grundlinien für ihren Reformplan sind somit gezeichnet. Sie wird die Errichtung eines Bundesdirectoriums und die periodische Einberufung einer Versammlung von Abgeordneten der Vertretungskörper der Einzelstaaten in Vorschlag bringen.

Nicht verkennend, daß es starker Gegengewichte bedarf, um gegenüber dieser letzteren Einrichtung das monarchische Princip und die berechtigte Selbständigkeit der Einzelstaaten gegen mögliche Uebergriffe sicher zu stellen, neigt sie sich zugleich zu dem Gedanken, daß die beste Garantie dieser Art und ein werthvolles Mittel zur Wahrung der fürstlichen Rechte und der hohen Stellung der deutschen Dynastien Deutschlands gefunden werden könnte. Auf den Vorschlag der Errichtung eines Bundesgerichtes endlich wird sie unter angemessenen Modificationen gleichfalls zurückkommen.

Dies sind in den wesentlichsten Umrissen die Absichten des Kaisers in Bezug auf die Grundlagen einer heilsamen Lösung dieser ersten Frage. Was aber die Mittel und Wege betrifft, um eine Verständigung der deutschen Regierungen über die Frage der Bundesverfassung herbeizuführen, so begründet mehr als eine Erfahrung die Befürchtung, daß es weder schriftlichen Unterhandlungen der Kabinets, noch auch Konferenzen der Minister gegeben sein würde, die zahlreichen Schwierigkeiten dieses Unternehmens zu bemeistern. Die Frage der Reform berührt so vielfache Interessen, sie eröffnet das Feld der Discussion für so mannigfaltige unvereinbare Wünsche und Meinungen, daß die Summe der hemmenden und störenden Momente, der ängstlichen Zweifel, der unlöslichen Widersprüche leicht in das Unendliche anwachsen und jede Hoffnung auf Erfolg überwuchern würde, wenn man von bloßen Unterhändlern, die kein eignes freies Verfügungsrecht zur Berathung mitbrächten, den Sieg über alle jene Hindernisse und das Gelingen der Einigung erwarten wollte. Die deutschen Fürsten aber in eigener Person, die Träger der Rechte, um die es sich handelt, die höchsten Interessenten an Deutschlands Sicherheit und Wohlfahrt, von deutscher Gesinnung sämmtlich beseelt, werden sich durch unmittelbaren Gedankenaustausch leichter und besser als durch Mittelpersonen über die große Aufgabe verstehen.

Im Geiste des Kaisers ist daher der Entschluß gereift, die Fürsten Deutschlands und die Magistrate der freien Städte zum Zwecke eines Verständnisses über die Reorganisation des deutschen Bundes zu einer Zusammenkunft einzuladen, und der Kaiser eröffnet diese Absicht vor allen anderen dem mächtigsten seiner deutschen Bundesgenossen, dem Könige von Preußen.

III. Ohne Preußens bundesfreundliche Mitwirkung giebt es für die Aufgabe der Reorganisation des Bundes keinen definitiven Abschluß. Die preussischen Bundeslande umfassen ein Drittel der deutschen Bevölkerung, sie erstrecken sich von den östlichen zu den westlichen Grenzen Deutschlands, die Bundesverträge geben Preußen ein Recht des Widerpruchs gegen jede tiefer greifende Neuerung. Preußens Wille kann daher die Reform der Gesamtverfassung Deutschlands faktisch und rechtlich hindern. Um für die reine Negation in Deutschland das Feld zu behaupten, bedarf es nicht einmal der Größe und einflussreichen Stellung der preussischen Monarchie, selbst minder mächtige Staaten vermögen durch ihre bloße Enthaltung die heftigsten Wünsche, die lautersten Bestrebungen ihrer Bundesgenossen zu vereiteln. Preußens Veto hat jedenfalls diese verneinende Kraft. Wird es eingelegt, so kann sich der Bund in seiner Gesamtheit nicht aus seinem gegenwärtigen tiefen Verfall erheben. Aber die Dinge sind in Deutschland so weit gediehen, daß ein absoluter Stillstand der Reformbewegung nicht mehr möglich ist, und die Regierungen, welche dies erkennen, werden sich zuletzt gezwungen sehen, die Hand an ein Werk der Noth zu legen, indem sie sich zur partiellen Ausführung der beabsichtigten Bundesreform im Bereiche der eigenen Staaten entschließen und zu diesem Zwecke unter Wahrung des Bundesverhältnisses ihrem freien Bündnisrechte die möglichst ausgedehnte Anwendung geben.

Kann Preußen einer Eventualität entgegenzusehen wünschen, die eine so gänzliche Entfremdung von seinen deutschen Bundesgenossen in sich schließen würde? Es ist wahr, die Anschauungen Preußens über Beruf und Bestimmungen des deutschen Bundes haben sich in den letzten Jahren nur zu sehr von denjenigen, welche eben dargelegt wurden, unterschieden. Wir blicken in eine Zeit zurück, in welcher nicht Kräftigung und Belebung des Bundesprinzips, sondern dessen Zurückführung auf die Bedeutung eines bloßen — an sich unvollkommenen — Allianzverhältnisses als der leitende Gedanke der deutschen Politik Preußens hingestellt wurde. Allein die Ereignisse sind seitdem vorgeschritten, und vielleicht enthält ihr Gang für Preußen mehr als einen ersten Beweggrund, sich entschieden von Richtungen abzuwenden, welche zu keinem glücklichen Ziele geführt haben. Die Zukunft Deutschlands

ist in ein gefährliches Dunkel gehüllt; durch Erinnerungen an die Vergangenheit hat der Kaiser sich daher nicht abhalten lassen wollen, seine Ansichten über die Mittel, den Blick in diese Zukunft aufzuheben, vertrauensvoll seinem erhabenen Verbündeten von Preußen mitzutheilen. Er zählt auf die Weisheit und die Gesinnungsgröße des Königs, dem unmöglich entgehen kann, wie ganz anders geachtet und gesichert Deutschland seinen Platz unter den Völkern einnehmen, ist wie hohem Grade sein Einfluß und seine Machtstellung sich steigern würden, wenn die Verfassung des Bundes in erneuter und den Anforderungen der Zeit entsprechender Gestalt aus einer gemeinsamen Berathung und einem einmüthigen Beschlusse aller deutschen Fürsten hervorginge. Welche Erfahrungen auch die Folgezeit uns vorbehalten möge, dem Kaiser wird es stets zur Beruhigung gereichen, gegenüber dem Könige ausgesprochen zu haben, daß es heute noch von Preußens Entschlüssen abhängt, den deutschen Bund wieder auf die Höhe seiner für die Nation und ihre Fürsten wie für Europa's Frieden so unendlich wichtigen Bestimmungen zu heben.

N u n d s c h a u.

Berlin, 23. September.

— Der König wird nach den neuesten Bestimmungen mit seiner Gemahlin am 15. October dem großen Dombaufeste in Köln beizuwohnen und erst zwei Tage später von dort wieder nach Berlin zurückkehren. Bis zur Reise nach Köln bleibt der König in Baden-Baden.

— Die „Nordd. Allg. Z.“ enthält den Wortlaut des Berichts des Staatsministeriums an den König in der Bundesreformfrage. — Dasselbe Blatt hört, daß ein Unterrichtsgesetz ausgearbeitet werde, welches der Kammer vorgelegt werden solle. — Die „Kreuz. Ztg.“ hört, daß heute die Antwort des Königs an diejenigen Fürsten und Vertreter der freien Städte abgehe, welche dem Könige Mittheilung von den Beschlüssen des Fürstentages gemacht. Die Vorschläge Oesterreichs und seiner Verbündeten werden darin abgelehnt und ferner als Bedingungen der Bundesreform aufgestellt: Parität Preußens und Oesterreichs, Veto einer jeden der beiden Großmächte und eine andere Organisation der Landesvertretung am Bunde. — Den zu Abgeordneten gewählten Beamten werden die bisher von der Regierung gezahlten Stellvertretungskosten, wie verlautet, fernerhin nicht mehr gezahlt werden.

— Dem „Magb. Corr.“ wird von hier geschrieben: Von allen Maßregeln, welche Seitens der Regierung bezüglich der nächsten Wahlen erwartet worden sind, dürfte nur eine als bestimmt bevorstehend betrachtet werden, nämlich ein Ministerialerlaß, welcher die Frage der Stellvertretungskosten in einer der bisherigen Praxis entgegenstehenden Weise zur Erledigung bringen wird. Mit einiger Sicherheit kann jetzt angenommen werden, daß die Urwahlen am 21. und die Wahlen der Abgeordneten am 29. October stattfinden werden. Einberufung des Landtags ist in der ersten Woche des November zu erwarten.

— In dem Wahlprogramm der Fortschrittspartei hat die Militärfrage die allgemeine Fassung erhalten: „Ein Heer auf volksthümliche Grundlage mit zweijähriger Dienstzeit.“ Diese Fassung läßt die Differenz nicht hervortreten, welche innerhalb der Fortschrittspartei zwischen den Verteidigern und den Gegnern der Forderungen besteht. Der Aufruf ist auch von Herrn Twesten unterzeichnet. Außer ihm befinden sich unter den Unterzeichnern Schulze-Delitzsch, Mommsen, Taddel, von Arnim, Birchow, von Forckenbeck, von Henning-Blonhoff, von Rönne-Solingen. Es ist auch an das linke Centrum gerichtet. Die Altliberalen haben bis jetzt kein Wahlprogramm aufgestellt. Die beabsichtigte Reorganisation dieser Partei ist bis jetzt nicht zu Stande gekommen. In Tilsit werden der frühere Oberbürgermeister von Elbing, Philipps, und Prof. Temme in Zürich als Candidaten aufgestellt.

P. C. Bremen, 22. Sept. Seit unserer ersten Mittheilung über den Stand der Angelegenheiten für das zweite deutsche Bundesfest sind dieselben einen guten Schritt vorwärts gekommen. Die während der Ferienzeit zerstreut gewesenen Mitglieder des Festcomité's haben sich wieder zusammengefunden und ihre Thätigkeit mit frischen Kräften aufgenommen. Wir sehen die Resultate dieser Thätigkeit zunächst in verschiedenen öffentlichen Aufforderungen zur Concurrenz bei der Ausarbeitung der Bauarbeiten, Lieferungen u. s. w. Am 15. d. fand eine Generalversammlung des Festcomité's statt, in welcher demselben vom Centralcomité zunächst Bericht über den Verlauf der Actienzeichnung erstattet wurde. Das Resultat ist danach nicht so günstig ausgefallen, als man Anfangs glaubte voraussetzen zu dürfen; von dem festgesetzten Actiencapital von 60,000 Thlr. waren nur in runder Summe 50,000 Thlr. gezeichnet; doch beklagt man, den Verein für definitiv constituirt zu erklären, da einerseits an der Completirung des Garantiecapitals wohl nicht zu zweifeln ist, andererseits aber das Zutrittskriterium des Finanzcomité's unaufschiebbar ist, da für den Abschluß der verschiedenen Contracte die Basis des Garantiecapitals unbedingt notwendig ist. Von Seiten des Baucomité's sind

bereits Unterhandlungen wegen Uebernahme des Baues der Festhalle angeknüpft, vom Wirtschaftscomitee wegen der Restauration in der Festhalle, wegen Lieferung von Tischzeug u. s. w. Was den Bau der Festhalle anbelangt, so sind an dem ursprünglichen Plane einige Änderungen beliebt worden, welche theils durch Zweckmäßigkeit, theils durch Sparfamkeit bedingt zu sein scheinen. So war z. B. für die Vorderfront eine Bogenhalle projectirt, welche an den Enden und in der Mitte durch Thüren geziert wurde; diese hat man nun beseitigt und an Stelle der Arcaden eine Säulenhalle gesetzt, die mit ihren Portalen den Eindruck eines griechischen Tempels macht. Dagegen ist die innere Einrichtung des von dieser Säulenhalle gebildeten Vorraums, sowie der daran stoßende halbkreisförmige Festsaal (mit Sitzplätzen für 4000 Personen) unverändert geblieben. Der Bau der Festhalle kann am 1. Jan. 1864 beginnen und muß bis zum 1. Juni vollendet sein, bei Vermeidung einer Conventionalstrafe von 50 Thlrn. für jeden Tag Verspätung, wogegen der Unternehmer für jede Woche die er früher fertig wird, 100 Thlr. Gratification erhält. Um das Ruiniren des Festplatzes durch Lastwagen zu verhüten, wird zur Heranschaffung des Baumaterials ein Schienenweg auf dem Festplatz gelegt. Für die ausgeschriebenen Weinlieferungen sind 35,000 Flaschen Bordeaux und 35,000 Flaschen deutscher Weine, im Ganzen also 70,000 Flaschen (ohne den event. Champagner) in Aussicht genommen und soll am 30. d. M. die große Weinprobe stattfinden, nach welcher der Zuschlag erteilt werden wird. Daß, je näher der Zeitpunkt des großen Festes rückt, auch die Arbeiten der Comité's sich immer mehr häufen, versteht sich von selbst, und so ist denn in der letzten Generalversammlung nochmals an den Eifer der Mitglieder für die große Sache appellirt worden. Das Preßcomité wird sich in nächster Zeit um einige Mitglieder verstärken; wenn dessen Arbeiten augenblicklich auch noch nicht so umfangreich sind, daß sie von der gegenwärtigen Zahl nicht zu bewältigen wären, so erscheint es doch nothwendig, für die Folge Kräfte zur Verfügung zu haben, welche mit dem Gange der ganzen Angelegenheit vertraut sind. Das nächste was zu erwarten steht, ist ein Aufruf an die Schützen Deutschlands, zur Verherrlichung des Festes durch Beisteuern von Ehrengaben beizutragen. In unsern nächsten Berichten werden wir einen Ueberblick über die Organisation des Festcomité's, so wie der der einzelnen Specialcomité's zugewiesenen Thätigkeit geben.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 24. September.

— [Königl. Marine.] Heute B. M. fand die erste Probe mit der Maschine der Corvette „Vineta“ auf der Stelle statt.

— Für die Mitglieder des „Preussischen Volksvereins“ war eine Versammlung ausgeschrieben, welche gestern Nachmittags um 5 Uhr im großen Saale des Schützenhauses ihren Anfang nehmen sollte. — Die Ungunst des Wetters (es regnete sehr) mochte Manchen abgehalten haben, sich an der Versammlung zu betheiligen. Denn ¼ Stunde nach 5 Uhr waren vielleicht noch nicht mehr als 10 Leute in dem großen Saale beisammen. Als gegen 6 Uhr sich indeß eine größere Zahl eingefunden hatte, betrat Hr. Regierungs- und Schul-Rath Wantrup die Tribüne und erklärte die Versammlung eröffnen zu wollen, weil bei der Ungunst des Wetters nicht zu erwarten sei, daß noch Viele kommen würden. Nachdem hierauf die Sitzung als eröffnet zu betrachten war, wandte sich der Hr. Regierungs- und Schul-Rath in einer längeren Rede an die Versammlung. Es sei, sagte er, schon lange her, daß die Mitglieder des preussischen Volksvereins an diesem Ort zusammengekommen. Vielleicht hätten Viele gewünscht, daß die Veranstaltung, welche sie heute zusammen geführt, nicht eingetreten sein möchte. Wir ständen wieder vor den Wahlen. Die Regierung Sr. Majestät des Königs habe die größte Geduld und Langmuth ihrer Verfassungstreue auch dadurch beweisen wollen, daß sie einen neuen Versuch gemacht, das Budget festzustellen. Mit dem aufgelösten Abgeordnetenhaufe sei das nicht gegangen, und die bisherige Erfahrung habe gelehrt, daß das mit den Elementen, aus welchen dasselbe zusammenge setzt gewesen, auch nicht gehen könne. Nun handle es sich darum, daß man inmitten der verderblichen Parteizerrissenheit in altpreussischer Treue zu dem König stehe, zu ihm und nichts Anderem. Denn er sei das höchste Gut im Lande; er sei eher da gewesen, als die Verfassung. Der König würde König sein auch ohne die Verfassung und wir seine Unterthanen auch ohne dieselbe. Unsere erste Pflicht sei, dem König den Eid der Treue zu halten. Die Verfassung sei auf dem Wege der Gesetzgebung entstanden und auf demselben Wege könne sie geändert werden. Das sei nicht mit der Stellung des Königs der Fall; sie könne durch nichts geändert werden. Wie die Regierung zu den Wahlen stehe, das habe sie selbst klar ausgesprochen, und seien demzufolge alle conservativen Parteien in der Hauptsache zusammengetreten. Sie alle seien darin einig, gegen die anzukämpfen, welche aus den Soldaten des Königs ein Parlamentsheer zu machen trachteten und von einem Großmachtstügel Preußens rebeten, den sie austreiben wollten; sie alle ständen zu der Fortschrittspartei, welche die Demokratie repräsentire, in einem scharfen Gegensatz. — Eine Zeitung, die Norddeutsche Allgemeine, welche kein gouvernementales Blatt sein wolle, aber in der Regel sehr gut von den Intentionen der Regierung unterrichtet sei, habe in einer ihrer letzten Nummern ausgesprochen, das Königthum stehe zwischen den Parteien und habe die Aufgabe eine Vermittelung derselben herzustellen. Es sei unbegreiflich, wie gescheute Männer so etwas könnten drucken lassen. Unbegreiflich sei es auch, wie man den Unterschied zwischen der conservativen Partei und der demokratischen (das sei die Benennung, welche die Fortschrittspartei von Rechts wegen verdiene) in An-

heren Dingen suche. Man sage, die Conservativen wollten immer nur an dem Alten festhalten und nichts von demselben aufgeben, während die Fortschrittler ruhelos Alles umstößen wollten. Ei, die conservative Partei wolle gar Manches, was alt und lebensunfähig geworden, beibehalten wissen. Der Unterschied zwischen den Conservativen und den Demokraten sei ein ganz anderer. Die Conservativen wollten eine Regierung von oben und stützten sich auf ein göttliches Recht, die Demokraten eine Regierung von unten und stützten sich auf ein verbrieftes Recht, die ersteren wollten die Herrschaft der Autorität, die letzteren die der Majorität. Was es mit der Majorität auf sich habe, das habe man an der aufgelösten Kammer lernen können. Das, was diese als Vernunft gepredigt hätte, sei das Gegentheil von dem, was in der früheren sogenannten Landraths-kammer als Wahrheit gegolten. Der Hr. Redner ließ hierauf den Berliner Wablaufs vom 15. Septbr. vor. Dann ermahnt er die Versammlung, sich an den Wahlen zu betheiligen und nicht etwa die Rolle der Pessimisten zu spielen und zu glauben es müsse erst noch schlimmer werden, ehe es wieder gut werden könne. Im weiteren Fortschritt kommt er auf das Wahlgesetz zu sprechen und bezeichnet dieses als solches, mit welchem das Königthum nicht bestehen könne. Ein Engländer habe gesagt, ein bezahlter Volksvertreter sei ein Abenteurer. Wir hätten 352 bezahlte Volksvertreter, also 352 der gefährlichsten Abenteurer nach englischer Anschauung. In England gelte es als unerhört, daß ein königlicher Beamter, der des Königs Rodtrage und sein Brod esse, gegen seinen königlichen Brodherrn stimmen könne. Durch das bestehende Wahlgesetz würden die Beamten in Preußen demoralisirt. Denn sie kämen in die Lage, heute conservativ und morgen liberal stimmen zu müssen. Die Beamten müßten sich an den politischen Agitationen gar nicht betheiligen. Das würde sie gegen eine derartige Demoralisation schützen. Nun würde man aber zu ihm, dem Herrn Redner, sagen: Du bist ja selbst ein Beamter und ein Hauptagitator! Darauf habe er zu antworten: „So lange in der Schaar der Fortschrittspartei Beamte in den vorberichten Reihen stehen und die Hauptführer sind, gestatte ich mir mein royalistisches Ehrgefühl nicht, die Hände in den Schooß zu legen!“ Indessen habe er die Politik satt bis an den Hals und wolle froh sein, wenn er sich nicht mehr mit ihr zu befassen brauche. Unter den jetzigen Verhältnissen aber sei es Pflicht der conservativen Beamten, auf dem Platze zu sein und den liberalen Beamten gegenüber von ihrem Wahrecht Gebrauch zu machen. Es müßten aber auch alle anderen Mitglieder der conservativen Partei, obwohl die Aussicht auf Erfolg schwach sei, tapfer auf dem Platze sein und thun, als ob sie schon den Sieg in der Tasche hätten. Freilich sei es auch, sagte der Herr Redner, möglich, daß er und seine Partei schon die Niederlage in der Tasche hätten. Als der Herr Redner auf die deutsche Frage zu sprechen kam, sagte er, wir hätten hier in Danzig auch vor Kurzem von den Häusern den dreifarbenen Barriadenlappen, den man fälschlich deutsche Fahne nenne, heruntergehoben gesehen. Dieser Lappen habe bei uns in Danzig nichts zu bedeuten. Wir seien allerdings Deutsche, aber der Grund und Boden, auf welchem wir wohnen, gehöre nicht zu Deutschland. Gehe wir uns dem Mangelmus, welchen die banale Phrase von der deutschen Einheit verheißt, einverleiben ließen, wollten wir lieber Preußen bleiben. Den Schritt, welchen erlauchte Häupter jüngst in Frankfurt a. M. gethan, wolle er weiter nicht kritisiren, aber so viel sei gewiß, daß der König von Preußen nicht eine zweite Stellung in Deutschland einnehmen und sich dem Kaiser von Oesterreich unterordnen könne. In Bezug auf die Militärfrage sagte der Herr Redner, daß da der König der Kriegsherr und Oberbefehlshaber der Armee sei, ihm und keinem Andern die Organisation derselben zustehe.

Die „Berl. Allg. Ztg.“, das Organ des früheren liberalen Ministeriums, habe vor Kurzem gesagt, daß das ganze Geheimniß der constitutionellen Regierung in Compromissen bestehe. Das sei die schlechteste Politik, die man haben könne. Es sei das eben so, als wenn vier Pferde einen Wagen eine Strecke vorwärts und vier andere denselben eine Strecke rückwärts zögen. Auf diese Weise käme der Wagen nicht von der Stelle. Auf eine Compromiß in der Militärfrage würde sich also die conservative Partei nicht einlassen. Man habe ihr oft, weil sie sich eben zu Compromissen nicht verstehe, vorgeworfen, daß sie aus Händelmachern bestehe und immer den Streit anfangen. Das sei nicht der Fall; sie wehre sich nur ihrer Haut, — und habe so gut wie jede andere Partei das Recht zur Agitation. Bei der jetzigen Wahlbewegung sei sie sogar nicht einmal zuerst aufgetreten. Ihr Wablaufs zeige das Datum vom 15. d. M. Die hiesige liberale Partei habe aber schon am 12. d. M., also drei Tage früher, einen Wablaufs, gedruckt bei Kaffemann hieselbst, erlassen. In diesem Falle sei also die conservative Partei nicht das Karnikel. Indem der Herr Redner wieder auf die Verfassung zu sprechen kam, betont er, daß Se. Maj. der König sie beschworen. Der Eid eines Königs wiege sehr schwer und habe mehr zu bedeuten als z. B. der eines Zeitungsredacteurs. Aus der Geschichte sei ein Eid bekannt, der entsetzliches Unheil zur Folge gehabt. Der König Herodes habe der Tochter der Herodias den Eid geschworen, ihr zu geben was sie fordere. Da habe sie das Haupt des Täufers Johannes gefordert, und um den Eid zu halten, habe Herodes die Forderung des Mädchens erfüllt. Der König von Preußen könne und würde dem Beispiel des Herodes nicht folgen, wenn sein Königthum um einen Kopf kleiner gemacht werden sollte. — Zum Schluß der Rede giebt der Herr Redner die Anweisung für die Regierung. — und Schulrath eine Anweisung für die Regierung. — Dann kommt er auf geschäftliche Angelegenheiten des preussischen Volks-Vereins zu sprechen und berührt dabei zunächst den Mangel eines Prehorsgangs der conservativen Partei am hiesigen Ort. Die Anstrengungen, welche gemacht worden seien, ein solches hier zu gründen, hätten nicht zum Ziele geführt. Es liege dies

zum Theil darin, weil in der conservativen Partei nicht eine solche Opferfreudigkeit zu finden sei, wie in der demokratischen Fortschrittspartei. — Die Führer der hiesigen conservativen Partei hätten sich nun dafür entschieden, die zu Bromberg erscheinende patriotische Zeitung zu ihrem Organ zu machen. Der Herr Regierungs- und Schulrath liest einen Artikel aus dieser Zeitung vor, lobt ihre Redaction und ermahnt die Anwesenden, auf dieselbe zu abonniren. Ferner theilt er mit, daß die freiwilligen Beiträge der Mitglieder des preussischen Volksvereins im hiesigen Stadt- und Landkreise in feste vermandelt werden sollen, und daß man die Absicht habe, ein Versammlungslocal mit conservativen Zeitungen in hiesiger Stadt für den Verein ins Leben zu rufen. Nachdem der Herr Regierungs- und Schulrath über zwei Stunden gesprochen, erfolgte der Schluß der Sitzung mit einem Hoch auf Se. Majestät den König. In der kleinen Versammlung befanden sich der Hr. Regierungs-Präsident v. Prittwitz, Hr. Landrath von Brauchisch, der Herr Stadtkommandant und noch 3 andere Personen des Offizierstandes.

*) Das in hiesiger Stadt verbreitete Gerücht, das „Dampfbott“ sei das Organ des Preuss. Volksvereins geworden oder würde es werden, ist hiermit auf das Unzweideutigste widerlegt. Wir bitten diejenigen, welche sich ein Vergnügen daraus gemacht, dies Gerücht zum nicht geringen Nachtheil für unser Blatt zu verbreiten, von diesem Factum gefälligst Notiz nehmen zu wollen.

Die Redaction.

— Bei der General-Versammlung sämtlicher katholischen Vereine Deutschlands zu Frankfurt a. M., welche vom vorigen Montag bis gestern gedauert hat, ist der hiesige Pius-Verein durch Herrn Professor Martens aus Pöplin und der hiesige kathol. Gesellen-Verein durch Herrn Diakonus Borraich aus München vertreten worden.

Marienwerder, 20. Sept. In verfloßener Woche brannte in unserer Nachbarschaft das Gut Gölmsch Neuböfen nieder. Das Feuer muß von ruchloser Hand angelegt worden sein, da die Flamme an mehreren Stellen des Gebäudes zu gleicher Zeit ausbrach. An drei Stellen wurde sie unterdrückt, von einer vierten aus griff sie um sich und legte das Gebäude in Asche. Fast sämtliches lebende Inventar ging zu Grunde. Der Besitzer befand sich zur Zeit im hiesigen Spidareit.

Mewe, 18. Sept. Bald nach Sonnenuntergang entlud sich gestern Abend nach einer Tageswärme von noch nicht 10 Graden in Verbindung mit einem strömenden Regen, ein heftiges Gewitter über die Gemarkung des Dorfes Gr. Jesewitz. Ein Blitzstrahl fuhr in den Schornstein des Wohnhauses des Hofbesizers J. Nagorski und lödte sofort die in dem Hause gerade mit Bereitung des Abendessens beschäftigte Schwiegermutter des genannten Besitzers. Ohne das Gebäude zu zünden, fuhr dann der Wetterstrahl durch die offene Thüre in die Wohnstube, zertrümmerte die in Nähe der Thüre befindliche Wanduhr und schlug sodann zum Fenster hinaus. Die übrigen Hausbewohner sind außer einem kleinen Mädchen, das in Folge eines Falles einige leichte Verwundungen erlitten, mit einem furchtbaren Schreden, der um so größer sein mußte, als man bei dem frühen Wetter und sonst völlig ruhigen Himmel am allerwenigsten ein Gewitter erwartet hätte, davon gekommen.

Graudenz, 21. Sept. Am nächsten Freitage begeht die hiesige evangelische Gemeinde das Jubiläum ihres 300jährigen Bestehens. Die hiesige evangelische Gemeinde ist eine der ältesten in Westpreußen und demnach eine der ersten, welche die dritte Säcularfeier begeht; man erwartet deßhalb auch die Theilnahme der Provinzialbehörden an dem seltenen Feste.

Bei Schluß wurde am Donnerstag auf der Weichsel ein Oberkahn polizeilich festgehalten, welcher mit 750 Ctr. Schwefel beladen war und mittelst eines Dampfschiffes nach Warschau gebracht werden sollte.

Königsberg. Mit dem von hier nach Hull fahrenden Dampfer „Zealand“, der, wie die Schiffsliste berichtet am 9. d. Mts. Kopenhagen passirte und im Kattegat verunglückte, soll u. A. auch Aveling und Porter's Straßen-Locomotive, mit welcher wir bei der landwirthschaftlichen Ausstellung am 27. Aug. die Probefahrt auf der Arnauer Chaussee mitnahmen, untergegangen sein, welche letztere anzukaufen Graf Dohna-Schlobitten bis zum Augenblicke der Abfahrt des Schiffes in Begriff stand.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Uebler Gebrauch des Messers.] Im Local des Herrn Martins zu Gmaus sah am 7. März d. J. der Arbeiter Peische und trank in der größten Seelenruhe 5 Flaschen Bier. In der größten Seelenruhe wollte er auch das Local verlassen, ohne für das Genossene Zahlung zu leisten. Das ging aber nicht so leicht. Denn als er eben zur Thür hinausschreiten wollte, faßte ihn der Commis Knabe beim Kragen und sprach mit gebieterischem Tone: „Nicht eher von der Stelle, als bis bezahlt ist!“ Dieser Rührung setzte sich Peische mit Behemung entgegen, so daß, um ihn festzuhalten, Gewalt angewandt werden mußte. Indessen trat sein Freund, der 20jährige Arbeiter Carl Eduard Heydemann, in das Local und forderte im gebieterischen Tone, den Schuldenmacher freigegeben zu lassen. Hierzu wollte sich jedoch weder der Commis, noch der Herr des Lokals verstehen. In Folge dessen machte Heydemann einen fürchterlichen Scandal. Nun schickte Herr Martins zu dem Schulzen von Gmaus, um diesen behufs der Ruhestiftung herbeizuholen zu lassen. Der Schulze konnte nicht kommen, weil er kränzlich war. Darauf schickte Herr Martins zu dem ersten Geschworenen. Dieser konnte gleichfalls nicht kommen, weil er keine Zeit hatte. Schließlich schickte Herr Martins zu dem

zweiten Geschworenen. Dieser wollte nun zwar kommen; aber gebrauchte viel Zeit, um sich anzukleiden. Ehe er kam, tobte Heydemann so wüthend, daß man es für nöthig hielt, ihn zu binden. Als er gebunden auf der Erde lag, kam sein Vater herbei und verlangte seine Befreiung, die denn auch erfolgte. Kaum war aber der Wüthende frei, so drang er auf Hrn. Martins stürmisch ein und drängte ihn in eine dunkle Ecke. Indessen gelang es dem Commis Knabe, den Angreifer fest zu nehmen. Während dies geschah, schloß der Herr etwas Hartes in Heydemanns Hand und rief: Er hat ein Messer. Ja, stöhnte Herr Martins, er hat mich schon gestochen! Als dieser seine Brust besah, fand er, daß ihm Heydemann eine 1 Zoll tiefe, allerdings nicht gefährliche Wunde beigebracht hatte. — Heydemann, der sich am vorigen Montag wegen dieser Körperverletzung vor Gericht befand, läugnete hartnäckig, die That begangen zu haben; doch wurde er durch die Zeugnisaussagen derselben überführt und zu einer Gefängnißstrafe von 14 Tagen verurtheilt.

Paul Flemming.

Literar-historische Skizze aus dem siebzehnten Jahrhundert.
Von Louise Otto.

I.

(Fortsetzung.)

Sie waren in Wechselburg gewesen, wohin Pauls Vater, der Pastor Flemming, aus Hartenstein seit einigen Jahren versetzt worden war, und Paul schilderte herab die Schönheit der heimathlichen Gegenden: „wo der edle Moldenfluß in bergigten Gebirgsen so sanfte geht, und wo oft lustig in der Fluth der Knabe schwamm.“ Maximilian hatte ihn dahin begleitet und entwarf daneben auch ein Bild des glücklichen Familienlebens, in dessen Kreis er mitgetreten war.

Dabei seufzte Siderie unwillkürlich und fragte Paul: „So bin ich wohl im Irrthum, — ich meinte, Sie hätten eine Stiefmutter?“

„Ich habe allerdings meine wirkliche Mutter in meinem vierten Jahre verloren“, antwortete Paul, „aber da mir so nur eine dunkle Erinnerung an sie geblieben ist und meine zweite Mutter mich nie anders als mit der innigsten Liebe einer wirklichen Mutter behandelt hat, so habe ich beinahe ganz vergessen, daß sie dies nicht ist!“

Siderie freilich konnte dies nicht von sich selbst sagen; doch ehe sie etwas erwiderte, hatte schon das alte Sprichwort Recht von einer gewissen überberufenen Person, die erscheint, wenn man sie nennt oder nur an sie denkt —

Die Frau Rectorin, Sideriens Stiefmutter, trat eben von ihrer Schwester begleitet aus dem Dunkel des Thores hervor, als kämen sie aus den nächtlichen Pforten der Unterwelt, und keine andere Erscheinung würde auch vermocht haben, Siderien einen solchen Schreden einzujagen als gerade diese, und wie sehr sie dazu Ursache hatte, bewiesen die zornsprühenden Blicke der Frau Rectorin und die spitzen Worte der Jungfrau Catharina Henzmann:

„Also freilich! in solcher Gesellschaft bleibt man wohl gern bis nach Sonnenuntergang, weil man sich scheut, noch bei Tageslicht nach St. Afra zurückzukehren?“

Siderie zitterte und erglühte, und Paul, der den Ausbruch eines stiefmütterlichen Unwetters erwarten mußte, sagte sich tief verneigend:

„Frau Rectorin, wir kommen eben aus den Ferien zurück und sehen, wie Ihr Kleiner am Abhang in einer gefährlichen Lage war und die Jungfrau Siderie ihn mit eigener Lebensgefahr retten wollte. Mein Kamerad hier kam dem zuvor, und die natürlichste Nächstenpflicht gebot uns, das Kind zu tragen, das nicht mehr gehen konnte. Wir ließen uns nicht abweisen, und wenn Ihr nicht ausdrücklich anders befehlet, werden wir unser Amt weiter ausüben.“

Indes hatte sich der kleine Johann an seine Mutter gehalten und begann jetzt, wo er auf neue Theilnahme rechnen konnte, von Neuem zu weinen, wobei er sagte: „Ich bin den ganzen Berg hinabgeköllert und habe mich aufgeschlagen, es thut weh, so weh!“

„Mein armes Hänschen!“ stimmte die Mutter jammernd ein, „sei nur ruhig, ich lasse Dich nie wieder von mir. Du sollst nie wieder mit der leichtsinnigen Siderie spazieren gehen, die nicht auf Dich Acht giebt, und der es einerlei ist, ob Du Schaden nimmst, oder nicht. Ich trage Dich selbst heim, und Du wirst mir zu Hause erzählen, wie Alles gewesen ist, und Ihr jungen Bürschen,“ wandte sie sich an die Schüler, „werdet in der Synode dem Herrn Rector Rechenschaft geben!“

Während sie so sich zornig zum Gehen wandte, hatte Catharina Siderien am Arme ergriffen und führte sie mit sich fort, daß sie nur noch einen wehmüthigen Blick zurück auf die Jünglinge werfen konnte.

Etwas verbucht blieben die beiden zurück. Das war freilich ein Unterschied: vorhin fühlten sie sich als

Helden, ernteten Dank als Retter und Helfer in drohender Gefahr, ernteten beide schmeichelnde, verheißungsreiche Dankesworte, ward der Eine als Dichter begrüßt und sah als solcher schon den Himmel der Unsterblichkeit offen, und jetzt sahen sie sich behandelt wie Schulknaben, denen mit Strafe gedroht werden konnte! Maximilian murmelte entrüstet für sich etwas von dem „dummen Jungen von Meissen!“
(Fortsetzung folgt.)

Kirchliche Nachrichten vom 14. bis 21. Septbr.

St. Catharinen. Getauft: Schuhmachergesell Habenstein Sohn Paul Hugo August. Maurerges. Sohn Tochter Auguste Adelheid. Müllerges. Single Tochter Clara Johanna Helene.

Aufgeboren: Hauszimmerges. Aug. Ferd. Blum mit Juliana Amalie Kämmerer. Privatdiener Wilhelm Ferdin. Escherich mit Frau Amalie Carol. Deßloch geb. Bielefeld. Schiffsführer Joh. Carl Raß mit Zgfr. Anna Marie Gutfowski.

Gestorben: Maurerges. Hoffmann Tochter Helene Emilie, 2 J. 11 M. 11 T., Wassersucht. Mühlenbaumeister Stahl unget. Sohn, 4 T., Lebensschwäche.

Bartholomäi. Getauft: Tischlerges. Schmidt Sohn Ernst Rudolph Ferdinand. Schiffszimmerges. Kugler Sohn Gustav August. Tischlerges. Eipke Sohn Arthur Carl Eugen. Diener Gronau Sohn George Max.

Aufgeboren: Gärtner August Wilh. Eichmann mit Zgfr. Auguste Marie Agnes Anders. Schiffszimmermann Carl Heinr. Grabowski mit Zgfr. Amalie Klemm aus Erfurt. Zimmermann Heinr. Carl Schnidderberg mit Zgfr. Marie Rosal. Frieder. Pangelos a. Köln a. R. Holzführer Eduard Wilh. Ridert mit Zgfr. Laura Henriette Boibt. Maurerges. Carl Rudolph Schwell mit Amalie Louise Eichinger.

St. Trinitatis. Getauft: Stadtrath Ladewig Zwillinge Sohn Georg Heinrich und Tochter Helene Catharine. Steuer-Diätar Marquardt Tochter Anna Auguste Malwine.

Aufgeboren: Tischler Joh. Friedr. Bartel mit Zgfr. Henriette Zankuhn.

Meteorologische Beobachtungen.

	23	24	25	26	27	28	29	30	1. Okt.
Therm. d. Tag	329,18	334,68	335,55	10,0	8,2	12,9	10,0	8,2	12,9
Therm. d. Nacht	10,0	8,2	12,9	10,0	8,2	12,9	10,0	8,2	12,9
Wind	W. still, stark. Reg. bew. Him.	SW. mäß. klarer Himmel.	SW. frei, Him. theilw. bew.						

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 23. Septbr.:
Low, Dart, v. Stettin; m. Gypssteinen. Parliß, Dampf. Colberg, v. Stettin; u. Domde, Dampf. Oliva, v. London, m. Gütern.

Gesegelt: 3 Schiffe m. Holz u. 2 Schiffe m. Getreide.
Angekommen am 24. September:
Bowie, Barones Strathpey, v. Stettin, m. Ballast.
Gesegelt: 6 Schiffe m. Getreide u. 1 Schiff m. Holz.
Ankommend: 2 Briggs u. 2 Jachten. Wind: SW.

Course zu Danzig am 24. September.

	London 3 M.	Westr. Pf.-Br.	Staats-Anleihe 4 1/2 %
Preis	6.19 1/2	87 1/2	101 1/2
Währ.	flr.	87 1/2	101 1/2

Vorsen-Verkäufe zu Danzig am 24. September.

Weizen, 115 Ekt, 133 pfd. fl. 400, 410, 435; 129. 30 pfd. fl. 402 1/2; 126 pfd. fl. 400 Alles pr. 85 pfd.
Roggen, alt 122 pfd., 81 Pfd. 16 Ekt. u. 82 Pfd. 8 Ekt. fl. 260; frisch 126 pfd. fl. 282; 129 pfd. fl. 286 1/2 pr. 81 1/2 resp. 125 pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 24. September.

Weizen 126-131 pfd. hant 60-65 Sgr.
129-133 pfd. hant 60-70 Sgr.
Roggen 123-130 pfd. 46 1/2-48 Sgr. pr. 125 pfd.
Erbsen weiße Koch- 50-52 Sgr.
do. Futter- 48-49 Sgr.
Gerste kleine 108-112 pfd. 38 1/2-41 Sgr.
große 112-118 pfd. 42-47 Sgr.
Hafer 70-80 pfd. 22-25 Sgr.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Se. Durchlaucht Kient. z. S. H. Rl. Prinz Hugo v. Schwarzburg-Sondershausen vom Schiff Niobe. Landwirthschafts-Deputirter u. Rittergutsbes. v. Dergan aus Darowaburg. Dr.-Recht. u. Rittergutsbes. Steffens aus Kleischau. Landwirth v. Wethe a. Reichenbach. Kaufl. Frisch a. Königsberg, Buschmann a. Berlin und Buch a. Leipzig.

Hotel de Berlin:

Gutsbes. Hein a. Selgenau. Kaufm. Redlich aus Stettin. Inspector Frißchen a. Berlin.

Hotel drei Mohren:

Dr. med. Oberländer a. Eilenburg. Baumeister Finkstädt a. Dresden. Fabrikant Reichle a. Bromberg.

Die Kaufl. Kelling a. Erfurt, Deschner a. Leipzig, Lebius a. Gera u. Kroll a. Zeitz.

Hotel d'Oliva:

Die Rittergutsbes. Schneider a. Gehrau u. Möller a. Kamniga. Die Kaufl. Wallstabe a. Berlin, Burau a. Neustadt u. Fröhlich a. Königsberg.

Hotel de Thorn:

Die Gutsbes. Lemm u. Philippien u. Deconom Mir a. Krieslohl. Fabrikant Lubenthal a. Hamburg. Rentier Hemmerling a. Breslau. Die Kaufl. Ullrich a. Stettin, Hartung a. Mainz, Lautner a. Magdeburg, Münsterberg a. Posen u. Hille a. Weimar. Agent Reimann a. Bromberg. Hauptmann v. Quigow a. Schwerin.

Deutsches Haus:

Gutsbes. Eggert a. Montau. Kaufm. Tephaff aus Königsberg. Glasfabrikant Fuchs a. Schönwalde. Deconom Helm a. Garthaus. Gutsbesitzer Delfers aus Schwes.

Hotel de St. Petersburg:

Die Gutsbes. Möller a. Stolp u. Lange a. Kaltwasser bei Bromberg. Agent Krause a. Bromberg. Schiffskapitain Wunderlich a. Stettin. Mühlenbesitzer Habrucker a. Stuhm. Die Kaufl. Bannig a. Tilsit und Hurwitz a. Lauenburg.

Stadt-Theater zu Danzig.

Freitag, den 25. Septbr. (1. Abonnement No. 5.)
Die Jüdin. Große Oper in fünf Akten von Halevy.

Heiraths-Gesuch.

Ein junges gebildetes Mädchen mit einigem Vermögen, sucht wegen Mangel an Herren-Bekanntschaft einen Lebensgefährten. Adressen mit der Photographie werden in der Expedition dieser Zeitung unter H. erbeten.

Polnischer Kientheer,

in feinsten Qualität, empfehle von 4 bis 6 Thaler pro Tonne. **Christ. Friedr. Keck.**

Eine englische Reinigungs-Maschine zu alle Getreidearten zu haben Schneidemühl No. 5, 1 Treppe.

Der wegen seiner ausserordentlichen Güte wohlbekannte
weisse Brust-Syrup
aus der Fabrik von
G. A. W. Mayer in Breslau
ist ächt zu haben

zu den Preisen von 2 Thlr. pro ganze Flasche, 1 Thlr. pro halbe Flasche und 15 Sgr. pro Viertel-Flasche

in Danzig bei Herrn R. Th. Gaebel, Fischmarkt No. 26

in Neufahrwasser bei Herrn Carl Hoppe,

woselbst Zeugnisse über die vortreflichen Wirkungen dieses Hausmittels zur gefälligen Einsicht bereit liegen.

G. A. Mayer in Breslau.

Atteste:

Leipzig, den 25. Januar 1856.

Herrn G. A. W. Mayer in Breslau.

Bei meiner kürzlichen Anwesenheit in Chemnitz bei Herrn Richard Hartmann hat sich bei einem mich überkommenen Unwohlsein die Güte Ihres Brust- oder Husten-Syrups so an mir bewährt, daß ich Sie andurch bitte, mir 2 oder 3 Flaschen davon zu schicken.

Heinrich Pürfürst, Baumeister in Leipzig, Carlstraße.

Seit mehreren Jahren litt ich an einem sehr schmerzhaften Husten, als mir der Brust-Syrup des Kaufmanns Herrn G. A. W. Mayer angerathen wurde, und ich kann hiermit der Wahrheit gemäß behaupten, daß sich bald nach dem Gebrauch das Uebel gänzlich verloren hat, und bin ich seit einem Jahre einem Anfall dieser Art nicht mehr ausgesetzt gewesen.

Leipzig, den 1. Juli 1856.

Hugo v. Niesisch, Wirthschafts-Inspector.

Den G. A. W. Mayer'schen Brust-Syrup, von welchem ich 1/2 Flasche für Heiserkeit und Brust-erschleimung eingenommen, erkenne ich nur für das einzige Mittel an, welches mich von diesem Uebel, an welchem ich lange Zeit gelitten habe, befreit hat. Jedem der Art Leidenden kann ich diesen Brust-Syrup nur besonders empfehlen.

Radawitz bei Flatow in Westpreußen, den 17. März 1858.

Behrend, Pfarrer.

Berliner Abend-Zeitung.

Die „Berliner Abend-Zeitung“, welche den Grundsätzen jener praktischen Demokratie huldigt, welche nicht Idealpolitik treibt, sondern mit gegebenen Größen rechnet und ohne das ideale Ziel aus den Augen zu verlieren, auf dem Wege dahin immer das zunächst Erreichbare anstrebt, ist die einzige billige Zeitung, welche des Abends in Berlin erscheint, wo sie um 5 Uhr ausgegeben wird.

Als Abendzeitung hat sie den Vortheil, daß sie die neuesten Nachrichten, besonders vom Auslande, früher bringt als die Morgenblätter.

Außer den Leitartikeln, die sie nach der Preßordnung vom 1. Juni selbst über innere Fragen ununterbrochen, soweit es auf dem schließlichen Boden möglich war, fortgesetzt hat, und den neuesten politischen Ereignissen enthält sie die städtischen Nachrichten in großer Mannigfaltigkeit. Das Theater und den bedeutenden Erscheinungen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft widmet sie ihre stete Aufmerksamkeit. Welche hervorragende Stelle dem Handel in ihren Spalten angewiesen ist, wird jeder auf den ersten Blick aus den reichhaltigen Börsen- und Handelsberichten von hier und auswärts, den täglichen Courszetteln und den Original-Telegrammen von den größten Handelsplätzen Europas erkennen.

Während der Kammeritzungen hat sie den größten Vortheil, daß sie die Verhandlungen und Beschlüsse derselben, insofern sie bis 3 Uhr Nachmittags Statt gehabt haben, noch an demselben Tage dem Publikum mittheilt.

Dem politischen Theile des Blattes schließen sich interessante und lehrreiche Feuilleton-Artikel, sowie die täglichen Lotterien-Gewinnlisten, Familiennachrichten und andere vermischte Mittheilungen aus allen Gebieten des Mensche- und Naturlebens an.

Auswärtige wollen Bestellungen auf die „Berliner Abend-Zeitung“ bei ihrem nächsten Postamte möglichst frühzeitig machen. Das Abonnement beträgt bei den Preussischen Postanstalten 25 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. 1 Sgr.

Die Expedition der „Berliner Abend-Zeitung.“

Friedrichstraße 100.

Berliner Börse vom 23. September 1863.

	fl.	Pr.	Sld.		fl.	Pr.	Sld.		fl.	Pr.	Sld.
Pr. freiwillige Anleihe	4 1/2	—	101 1/2	Preussische Pfandbriefe	3 1/2	—	88 1/2	Danziger Privatbank	4	101 1/2	100 1/2
Staats-Anleihe v. 1859	5	106 1/2	105 1/2	do.	4	96 1/2	96	Königsberger Privatbank	4	102	—
Staats-Anleihe v. 1854	4 1/2	102	101 1/2	Pommersche	3 1/2	90 1/2	90	Pommersche Rentenbriefe	4	99 1/2	99
do. v. 1859	4 1/2	102	101 1/2	do.	4	100 1/2	100 1/2	Possensche	4	97 1/2	96 1/2
do. v. 1856	4 1/2	102	101 1/2	Possensche	4	—	—	Preussische	4	—	97 1/2
do. v. 1850, 1852	4	98 1/2	98 1/2	do.	3 1/2	—	—	Preussische Bank-Antheil-Scheine	4 1/2	—	127 1/2
do. v. 1853	4	98 1/2	98 1/2	do. neue	4	96 1/2	96 1/2	Oesterreich. Metalliques	5	69 1/2	—
do. v. 1862	4	98 1/2	98 1/2	Westpreussische	3 1/2	—	86 1/2	do. National-Anleihe	5	74 1/2	73 1/2
Staats-Schuldscheine	3 1/2	90	90	do.	4	96 1/2	96 1/2	do. Prämien-Anleihe	4	86	—
Prämien-Anleihe v. 1855	3 1/2	125 1/2	—	do. neue	4	—	—	Auss.-Polnische Schatz-Obligationen	4	79	—